

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 14.09.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 **Die internationalen Beziehungen durchlaufen dramatische Veränderungen. Dabei nehmen auch**
- 2 **Spannungen und Widersprüche zu, auf die grüne Friedens- und Außenpolitik Antworten finden**
- 3 **muss.** Der Verbrauch von Ressourcen und Umweltverschmutzung bedrohen unsere Lebensgrundlage.
- 4 Der zunehmende Reichtum ist außerdem extrem ungleich verteilt. Was für einige Überfluss
- 5 verspricht, bedeutet für viele Armut, Ausbeutung und Leidensdruck. Noch nie waren die
- 6 Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ländern und Kulturen so vielfältig. Doch der Kontakt
- 7 mit "anderen" wird nicht leichter. In Filterblasen sprechen wir immer öfter und
- 8 verständnisloser über- statt miteinander.
- 9 All dies erhöht das Eskalationsrisiko lokaler und globaler Konflikte. **Umwelt-, Wirtschafts-,**
- 10 **und soziale Krisen, aber auch militärische Auseinandersetzungen, Krieg und Flucht sind zu**
- 11 **weltpolitischen Alltagserscheinungen geworden.** Oft hängen sie miteinander zusammen und
- 12 verschärfen sich gegenseitig. Die zunehmende Polarisierung von Diskursen und Politik
- 13 verhindert, dass Probleme bei ihren Ursachen angegangen werden. Die Propagierung
- 14 kurzfristiger militärischer Lösungsansätze macht sie sogar noch schlimmer. Extrembeispiele
- 15 dafür sind Kriege „gegen Terror“ oder „gegen Drogen“, oder die unkritische Aufrüstung
- 16 vermeintlicher Verbündeter in Krisenregionen durch Waffenexporte.
- 17 Gerade herrscht auf der politischen Weltbühne zudem das Prinzip der Sicherheit durch
- 18 Einschüchterung und Dominanz. Diesen Sicherheitsbegriff müssen wir umkehren. **Sicherheit ist**
- 19 **für uns die Gewährleistung der universellen Menschenrechte** und umfasst auch die Beteiligung
- 20 am politischen und öffentlichen Leben, Bildungs- und Chancengleichheit, gesundheitliche
- 21 Aspekte, reproduktive und sexuelle Rechte, Ernährungssouveränität, gerechte
- 22 Ressourcenverteilung und die Freiheit von Not und Furcht.
- 23 **Kern unserer außenpolitischen Bemühungen muss es sein, systematisch auf globale Entspannung**
- 24 **und Überwindung von Gegensätzen hinzuarbeiten.** Dadurch gewinnen wir gegenseitiges Vertrauen
- 25 zur dringend gebotenen gemeinschaftlichen Lösung globaler Schicksalsfragen. International
- 26 müssen Deutschland und die EU dazu trotz Gegenwind noch intensiver auf eine Verrechtlichung
- 27 und Institutionalisierung unseres globalen Miteinanders hinwirken. Dies bedeutet, das

28 Völkerrecht und multinationale Institutionen zu verteidigen, zu stärken und
 29 weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für das internationale Strafrecht und den Internationalen
 30 Strafgerichtshof. Wir stehen ein für die Stärke des Rechts statt dem Recht des Stärkeren.
 31 **Das geht nur effektiv, wenn wir uns selbst konsequent an internationale Abkommen und Normen**
 32 **halten und uns unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung bewusst sind.**
 33 **Grüne Friedens- und Außenpolitik ist im besten Sinne radikal.** Sie will die Probleme bei
 34 den Ursachen packen und denkt grundsätzlich präventiv. Kein Genozid fällt einfach so vom Himmel,
 35 keine Krise kommt ohne Vorboten. Und kein Krieg ist unausweichlich. Grüne Friedens- und
 36 Außenpolitik ist deshalb auch kreativ. Sie versucht Entscheidungen zu vermeiden, bei denen
 37 Politik zwischen zwei Übeln wählen muss. **Mit Dialog, Empathie und Vorstellungskraft**
 38 **bemühen wir uns immer um gewaltfreie Ansätze zur Bearbeitung von Konflikten.**
 39 Das Gewaltverbot des Art. 2 (4) der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. Militärische
 40 Lösungen für Konflikte gibt es nicht. Kampfeinsätze sind für uns höchstens letztes Mittel,
 41 und immer Ausdruck eines Scheiterns.
 42 Der Einsatz von Militär ist nur zum Selbst- und Bündnisschutz, auf dem Territorium eines um
 43 militärischen Beistand bittenden Staates, sowie im Rahmen völkerrechtskonformer Missionen
 44 mit Mandat der Vereinten Nationen, nämlich zur Wahrung des Weltfriedens, im Falle eines
 45 Genozids oder bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu rechtfertigen.
 46 Militär kann allenfalls als ein Instrument zur Verhinderung solcher Verbrechen beitragen und
 47 Bedingungen für Verhandlungslösungen schaffen. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit
 48 einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Jeder militärische Einsatz hat zugleich einen
 49 hohen Preis. Es darf keinen militärischen Einsatz ohne einen Plan für die Konfliktnachsorge
 50 und ohne Ausstiegs- und Abzugsstrategie geben.
 51 Zudem braucht es gegenseitiges Verständnis: **Internationale und Interkulturelle**
 52 **Sensibilität und Solidarität müssen auf allen Ebenen gefördert werden.** Dazu gehören möglichst
 53 allen Menschen zugängliche Möglichkeiten des Austausches. Mobilität, Bildung und Kultur sind
 54 hierbei wichtige Säulen. Bezüglich bestehender, sowie möglicher neuer Konflikte, braucht es
 55 zudem deutlich stärkere Aufklärung und Analysefähigkeiten, sowohl in den außenpolitischen
 56 Institutionen wie auch in unseren Gesellschaften insgesamt. **Unsere Außenpolitik muss**
 57 **hierauf aufbauen und jeweils die Sichtweisen aller Beteiligten miteinbeziehen,** anstatt
 58 populistisch und konfliktverschärfend primär irgendeine „Heimkurve“ zu adressieren.
 59 **Feministische Außenpolitik**
 60 **Die Hälfte der Macht den Frauen* - das muss auch in der Außen- und**
 61 **Sicherheitspolitik**
 62 **gelten!** Frauen* bestimmen bisher nur selten mit, wenn es um die großen außenpolitischen
 Herausforderungen und Konflikte geht. Dabei sind sie* besonders drastisch von Kriegen,

63 Krisen und Umweltzerstörung betroffen. Frauen* sollen jedoch nicht als Opfer stigmatisiert
64 werden, sondern als Akteur*innen für Frieden und Sicherheit auftreten. Ein gerechtes und
65 friedliches Zusammenleben ist nur durch konsequente Teilhabe und Einbeziehung der
66 Perspektive von Frauen* und marginalisierten Gruppen möglich.

67 **Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz.** Das heißt, dass wir besonders aufmerksam
68 sind
69 für Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen. Systematische Benachteiligung
70 von Teilen der Bevölkerung beim Zugang zu Macht und Ressourcen birgt ein erhebliches
71 Konfliktpotenzial. Darum treten wir für eine Welt ein, in der alle ohne Gewalt und
72 Unterdrückung leben können.

73 **Krisen und Kriege treffen Frauen* und andere verletzbare Gruppen in besonderer
74 Heftigkeit
75 und ihre Perspektive bleibt dennoch unberücksichtigt.** Sexualisierte und genderbasierte
76 Gewalt wird vermehrt in und nach Konflikten ausgeübt, teils bewusst als Kriegswaffe
77 eingesetzt. Konfliktanalysen müssen in allen Phasen des Konfliktzyklus auch die
78 Genderperspektive einbeziehen. Das gilt von der Erarbeitung von Frühwarnmechanismen bis hin
79 zu Nothilfe und Wiederaufbau. Solche feministischen Analysen bilden die Grundlage für
80 politische Entscheidungen.

81 **Die Erfahrungen von Frauen* müssen in die Verhandlungsrunden einfließen.** Aufgrund
82 ihrer
83 Sozialisierung und spezifischen Betroffenheit haben Frauen* oft einen Blick für
84 tieferliegende, strukturelle Ursachen von Konflikten und können daher zu besseren Lösungen
85 beitragen. Ihre Einbindung in Prozesse der Friedensförderung und Konfliktprävention darf
86 sich nicht auf bloße Anwesenheit beschränken, sondern muss auch Entscheidungsmacht
87 umfassen,
88 im zivilen und im militärischen Bereich.

89 Unsere feministische Außenpolitik sorgt für grundlegende gesellschaftliche Veränderung: **Wir
90 wollen mit Diversität gegen homogene Machtzirkel und diskriminierende Netzwerke
91 kämpfen.**

92 Wenn es lokale, möglichst unabhängige Frauen*organisationen gibt, sollen sie Zugang zu
93 Verhandlungen und Öffentlichkeit erhalten. Wo noch keine solchen Organisationen bestehen,
94 soll der Aufbau unterstützt werden. Gerade in Post-Konflikt-Situationen und
95 Staatenbildungsprozessen sollte die Chance genutzt werden, die Entwicklung von
96 Frauen*rechten und -partizipation zu unterstützen.

97 **Auch Männer und Jungen profitieren von Gleichstellung und müssen dazu beitragen,
98 Frauenrechte und Teilhabe voranzutreiben.** Um dem Problem von „militarisierter
99 Maskulinität“
100 zu begegnen, müssen wir patriarchalische und aggressive Männlichkeitsbilder in Frage
101 stellen. Dies wird auch Männern und Jungen zugutekommen, die selbst an stereotypisierten
102 Erwartungen an sie leiden, oder ebenfalls negativ von den Auswirkungen männlich dominierter
103 Politik betroffen sind.

98 So umgesetzt ist eine feministische Außenpolitik ein Gewinn für alle Seiten. Mit ihr bauen
99 wir verschiedene Formen der Benachteiligung ab und fördern so Stabilität und Frieden.

100 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit**

101 **Friedenspolitik heißt Konflikte annehmen und gewaltfrei bearbeiten.** Grundlage einer
102 gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist zum einen, die gegenseitigen Positionen, Interessen und
103 Bedürfnisse zu achten. Dies erfordert andererseits, auf Waffengewalt und Drohungen zu
104 verzichten. Die Bereitschaft zur wechselseitigen Entwaffnung und Aufgabe gegenseitiger
105 Drohungen ist also Dreh und Angelpunkt für gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

106 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und Strukturen kooperativer Sicherheit zielen darauf ab,**

107 **gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu verstetigen.** Durch Verhandeln, Vereinbaren und
Überwachen
108 von Regeln und Grenzen für Bewaffnung wird das Gewaltpotential von Konflikten geschrumpft.
109 Darüber hinaus bildet sich ein institutioneller Rahmen für Vertrauensbildung und gewaltfreie
110 Konfliktbearbeitung. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Wahrung von Frieden mit einem
111 kooperativen Sicherheitsverständnis besser gelingt als mit kompetitiven Konzepten von
112 Sicherheit. Dieser Gedanke hat nach dem Ende des Kalten Krieges die sicherheitspolitische
113 Zusammenarbeit beflügelt und zahlreiche Übereinkommen für Abrüstung, Rüstungskontrolle
und
114 Institutionen kooperativer Sicherheit ermöglicht.

115 **Die abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Errungenschaften wurden jedoch nicht**

116 **konsequent gepflegt und ausgebaut.** Stattdessen setzte sich immer wieder der Geist
117 kompetitiver Sicherheit durch. Den begrenzenden Einigungen über Abrüstung und
118 Rüstungskontrolle in bestimmten Bereichen wurde durch gezielte Aufrüstung und
119 Neuentwicklungen von Waffensystemen in anderen Bereichen ausgewichen. Bündnisstrukturen
120 wurden nicht durch Strukturen kooperativer Sicherheit ersetzt, sondern ausgedehnt und für
121 neue Aufgaben verstärkt. Hinzu kommt die Aufrüstung neuer Regional- und Weltmächte.

122 Inzwischen zersetzt die weltweite Rüstungsspirale samt ihrer kompetitiven Sicherheitslogik
123 auch die bereits geschaffene Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur insgesamt. Europa
124 ist von diesem Vertrags- und Regelzerfall besonders betroffen. **Um Abrüstung,**
125 **Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen wir**
uns von

126 **Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen,** die ganze Bandbreite von Waffensystemen
in den

127 Blick nehmen und Verträge sowie Institutionen neu aufstellen.

128 Vor der eigenen Haustüre zu kehren ist der erste Schritt. **Rüstungsexporte in Krisengebiete**
129 **und an Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, müssen gesetzlich**
verboten sein.

130 Nicht wirtschaftliche Erwägungen oder die eigene Rüstungsindustrie, sondern
131 friedenspolitische Zielsetzungen müssen entscheidend sein. Auch auf europäischer Ebene
132 müssen dem weltweiten Waffenhandel enge Grenzen gesetzt und die ausufernde Verbreitung
133 europäischer Waffen in die ganze Welt beendet werden. Dies sowohl im Interesse der eigenen

134 Sicherheit als auch, um der weltweiten Bewaffnung insbesondere von autoritären Staaten und
135 in Krisengebieten entgegen zu wirken.

136 **Deutschland muss außerdem konsequent auf Nuklear- und andere
Massenvernichtungswaffen**

137 **verzichten.** Die hier stationierten Nuklearwaffen müssen abgezogen und der Ausstieg aus der
138 Nuklearenergie im zivilen wie im militärischen Bereich vollendet werden. Wir wollen eine
139 Verankerung von Nuklearenergie- und Nuklearwaffenfreiheit im Grundgesetz diskutieren.
140 International muss sich Deutschland für Verbot und die Ächtung aller
141 Massenvernichtungswaffen einsetzen und alle Verträge, die dieses Ziel verfolgen,
142 unterstützen. Dazu zählen heute auch der Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag und der
143 Nuklearwaffenverbotsvertrag.

144 **Wir treten für ein generelles Verbot von Waffensystemen ein, die grausam und
unterschiedslos**

145 **töten und nicht mit dem humanitären oder Kriegsvölkerrecht vereinbar sind.** Neben
den

146 Massenvernichtungswaffen zählen hierzu Antipersonenminen und Streumunition. Die
Entwicklung

147 neuer Systeme, die gegen diese Grundregeln verstoßen, lehnen wir ab und treten für deren
148 weltweites Verbot ein. Auch bewaffnete Drohen und **Waffensysteme, die ohne effektive
149 menschliche Kontrolle Entscheidungen über Leben und Tod treffen können, lehnen
wir für die**

150 **Bundeswehr ab und setzen uns für deren Ächtung und Verbot ein. Die weitere
Militarisierung**

151 **des Weltraums nehmen wir nicht hin.** Für all diese Kategorien braucht es klare
internationale

152 Regeln bzw. Verbote, und Regime zur Sicherstellung ihrer Einhaltung.

153 **Die zunehmende Ausweitung der militärischen Nutzung neuer Technologien betrifft
auch**

154 **besonders den digitalen Raum.** Hier treten wir für klare Grenzen und einen Verzicht auf die
155 offensive militärische Nutzung ein und sehen die Verantwortung für den Schutz der IT-
156 Infrastruktur im Innen- und nicht im Verteidigungsressort. Sie darf außerdem nicht gegen
157 Bürger*innen- und Menschenrechte ausgespielt werden, insbesondere nicht im Datenschutz.

158 **Als Motor künftiger Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen soll das humanitäre
159 Völkerrecht dienen,** das den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Mit dieser
160 Perspektive können wir auch künftigen militärtechnologischen Entwicklungen Grenzen setzen
161 und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung fördern. Darum wollen wir das humanitäre Völkerrecht
162 stärken und weiterentwickeln.

163 Um Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen
wir

164 uns von Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen. **Wir wollen einen Paradigmenwechsel
in der**

165 **Sicherheitspolitik und Strukturen der kooperativen Sicherheit auf- und ausbauen,** die
166 perspektivisch kompetitiv ausgerichtete Sicherheitsallianzen ersetzen können. Hierzu müssen
167 auch Deutschland und die EU sich loslösen von einer kurzfristigen, weil egoistischen
168 Sicherheitspolitik und den Prinzipien der Abschreckung und Abschottung.

169 **Multilateralismus und seine wichtigsten Institutionen: EU und VN**

170 Wir müssen anerkennen, dass es viele Akteur*innen in unserer globalen Realität gibt, die ihr
 171 Handeln auf eine „Logik der Unsicherheit“ stützen. Damit müssen wir vor allem kurzfristig
 172 auch pragmatisch umgehen. Wo immer möglich verfolgen wir aber einen anderen Ansatz. Dazu
 173 gehören die zivile Krisenprävention und der verstärkte Einsatz diplomatischer Mittel.

174 **Anstatt uns in die Ecke drängen zu lassen, wollen wir Verbündete suchen, die dem eine**

175 **solidarische und offene Perspektive auf die Welt entgegensetzen.** "Wir" muss dabei
 wegen

176 ihrer Kombination aus Gewicht und prinzipieller Einigungsfähigkeit wo möglich mindestens die
 177 EU bedeuten, aber als Begriff immer wertorientiert erweiterbar bleiben.

178 **Eurozentrismus, d.h. den primären oder ausschließlichen Bezug globaler Fragestellungen auf**

179 **uns, oder den Glauben, Europa wüsste oder könne alles besser, lehnen wir ab.** Diese
 Denkweise

180 verhindert es oft, konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten. Es ist im Gegenteil besonders
 181 wichtig, die Sicht anderer auf Europa und Deutschland anzuerkennen und zu berücksichtigen.

182 Dies gilt insbesondere für Zusammenhänge, in denen letztere besondere historische
 183 Verantwortung tragen, wie z.B. im Zusammenhang des Kolonialismus, der Shoah oder anderen
 184 massiven Verbrechen. Deren Aufarbeitung darf nicht enden und muss immer die Perspektiven
 der

185 Opfer mit einbeziehen.

186 **Die weitere Einigung und Entwicklung Europas im Sinne einer friedlichen EU darf nicht in**

187 **pauschaler Abgrenzung zu oder gar Dämonisierung von anderen Staaten erfolgen,**
 sondern muss

188 mit Dialog und friedlichem Ausgleich und den Interessen aller im Blick einhergehen. So kann
 189 sie mehr noch als ein Einigungsprozess nach innen, auch ein Friedens- und
 190 Entwicklungsprozess nach außen sein. Dieses Potenzial wird heute noch zu wenig genutzt. Im
 191 Gegenteil: Europas Verschleppung u.a. einer echten, mindestens EU-weit koordinierten
 192 Energiewende gefährdet das Weltklima, während viele europäische Konsum- und
 Handelsmuster

193 vor allem Menschen andernorts die Existenzgrundlagen entziehen. Zudem treiben europäische
 194 Waffenexporte Aufrüstungsspiralen und entsprechende Unsicherheitslogiken an, während
 195 europäische Migrationspolitik einseitig auf Abschottung setzt und so den Tod vieler Menschen
 196 zu verantworten hat.

197 Europa kann einen Unterschied machen, wenn es um Menschenrechte, Frieden, Sicherheit und
 198 Freiheit geht, auch über seine Grenzen hinweg! Wir wollen uns darum für ein Gemeinsames
 Haus

199 Europa einsetzen. Dafür braucht es eine starke EU, aber auch viel Engagement für
 200 Institutionen wie die OSZE und die Zusammenarbeit im Europarat. **Unsere Vision eines**
 201 **außenpolitisch starken Europas ist eine zivile, eine inklusive, eine solidarische**
Stärke,

202 **die aus einer menschenrechtsorientierten Politik friedensstiftend wirkt.** Den aktuellen
 Fokus

203 in der EU auf eine Union der Verteidigung lehnen wir ab. Er beschränkt Europas
204 Friedenspotenziale und führt zu weiterer Aufrüstung. Eine wie auch immer geartete nukleare
205 Bewaffnung einer EU-Armee ist für uns nicht akzeptabel. Eine EU-Armee ist für uns nur
206 diskutabel, sofern ihr Einsatz (vergleichbar mit der Bundeswehr) an einen EU-
207 Parlamentsvorbehalt gebunden ist und sie durch Synergie-Effekte insgesamt deutlich
208 Rüstungsausgaben einspart. Sie darf aber nicht unsere Sicht und Prioritäten bezüglich
209 nachhaltiger Konfliktbehandlung bestimmen. Stattdessen liegt unser Schwerpunkt in der
210 Früherkennung und Prävention und wir fordern, die finanziellen Mittel dafür, anstatt für
211 Militär, auszuweiten.

212 Seit vielen Jahren wird gefordert, dass Europa, bzw. die EU, „weltpolitikfähig“, d.h. geeint
213 handlungsfähig, werden solle. Jedoch: **Europas außen- und sicherheitspolitische Einigung,**
214 **so**

214 **wie wir sie uns vorstellen, kann sich nur in der Zuwendung zum Multilateralen**
215 **Dialog**

215 vollziehen. Multilateralismus bedeutet, dass zentrale Akteure ihre Politik im gegenseitigen
216 Respekt miteinander absprechen und gemeinsam handeln. Nur so können wir auch den
Grundstein

217 setzen für einen globalen Ordnungsrahmen, der zur neuen, multipolaren Ära passt und dem
218 Ausgleich dienlich ist.

219 Die Vereinten Nationen (VN) haben sich in den ereignisreichen und wechselhaften Jahrzehnten
220 ihrer Existenz als Institution mit zahlreichen Unterorganisationen stark erweitert, um
221 globalen Herausforderungen besser begegnen zu können. Zentrale Probleme der politischen
222 Steuerung und Entscheidungsfindung in ihren Gremien wurden jedoch nach einer kurzen, durch
223 das Ende des Kalten Krieges bedingten Hoffnungsphase wieder offensichtlicher. Hinweise auf
224 Missstände sollen von uns aber keine Pauschalkritik sein, wie sie oft gerade von denen
225 kommt, die effektiven Multilateralismus ausbremsen - **Gerade weil wir die VN als die**
226 **primäre**

226 **Akteurin und Verhandlungsort für globale Fragen stärken wollen, kritisieren wir ihren**
227 **aktuellen Zustand.**

228 Vor allem der VN-Sicherheitsrat als nach wie vor das zentrale Gremium, das
229 friedenserhaltende und friedenserzwingende Maßnahmen beschließen kann, wird seinen
230 Anforderungen nicht gerecht. Seine Zusammensetzung ist nicht repräsentativ: Viele Länder mit
231 sehr großen Bevölkerungen (z.B. Indien) sitzen hier nicht dauerhaft mit am Tisch. Und das
232 einsame Vetorecht seiner fünf ständigen Mitglieder wird oft für Sonderinteressen
233 missbraucht, selbst wenn diese viele Menschen zu Leid, Elend, Unterdrückung und Tod
234 verdammen. **Multilaterale Strukturen wie der VN-Sicherheitsrat müssen dahingehend**
235 **reformiert**

235 **werden, dass sie demokratischer, repräsentativer als auch weniger blockadeanfällig**
236 **werden.**

236 **Deshalb fordern wir eine Reformierung der Sitzverteilung im VN-Sicherheitsrat und**
237 **des**

237 **Vetorechts. Gleichzeitig müssen regionale Institutionen wie zum Beispiel die**
238 **Afrikanische**

238 **Union weiter gestärkt und die Kooperation mit ihnen ausgebaut werden.**

239 Zudem mangelt es an ausreichender Ausstattung zahlreicher VN-Organisationen, um ihre
240 wachsenden Aufgaben angemessen zu erfüllen. Dies gilt für die finanzielle und auch die
241 personelle Ausstattung. Vor allem wenn Gefahr im Einsatz droht, wie im Falle von
242 Polizist*innen oder Soldat*innen, zögern gerade die reicheren Staaten, darunter Deutschland,
243 ihren Fähigkeiten gemäß mit anzupacken. **Ehrlicher und effektiver Multilateralismus bedeutet**

244 **für uns nicht „nur“, in für den Weltfrieden kritischen Situationen die Einhaltung**
245 **internationaler rechtlicher Normen zu fordern, sondern auch, sich an entsprechend**
246 **beschlossenen Maßnahmen nach Kräften zu beteiligen.**

247 **Unser Respekt und unsere Wertschätzung gelten all jenen, die die in der VN-Charta**
248 **verankerten Werte und Menschenrechte mit Leben füllen und in der Welt vertreten.**

Dazu

249 gehören international wie national insbesondere auch Diplomaten*innen, Aktive der
250 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenhelfer*innen, sowie die Angehörigen von
251 Streitkräften. Sie alle wollen wir anhören und nehmen sie in unseren außen- und
252 friedenspolitischen Positionierungen ernst.